

51 Prozent

Frauen im steten Korrekturmodus



Nicole Althaus

Alles in allem war es ein geglückter Abend. Das Essen war gut, die Organisation geschmeidig und die Entscheidungsträger, die als Tischherren zum ersten Women's Business Supper der Hochschule Luzern geladen waren, interessant und unterhaltsam. Doch ich wäre keine Frau, hätte ich nicht ein Haar in der Suppe gefunden. Frauen leben ja im permanenten Korrekturmodus.

Und genau dieser Modus ist mir schon bei der Diskussion zur Vorspeise sauer aufgestossen. Am Tisch wurde debattiert, was frau alles anders machen muss, um weiterzukommen. Einiges! Jedenfalls zählten meine Tischgenossinnen reihum auf, wo sie weibliches Verbesserungspotenzial sehen. Es wurde ein ganzer Katalog: Frauen sollten ihre Forderungen besser strukturieren, sich klarer artikulieren und überhaupt schneller auf den Punkt kommen. Etwa so schnell wie die Kollegen, um präzise zu sein. Die geben nämlich im Büro Tempo und Takt vor. Dennoch oder gerade deshalb sei die weibliche Seite der Frau gefragt denn je, stellte man etwas später am selben Tisch fest. Sie wissen

schon: vermitteln, integrieren, motivieren. Als Musik ertönte und die Frauen für den Hauptgang den Tisch wechselten, dachte ich: Die Emanzipation hat die Frau zum Zwitter gemacht, der wie ein Mann denken soll, aber dabei ganz Frau bleiben muss.

Natürlich habe ich das am zweiten Tisch so nicht formuliert. Ich wäre schliesslich keine Frau, hätte ich nicht einen Umweltverträglichkeitstest in meiner Festplatte eingebaut. Ich wollte niemandem zu nahe treten. Ausserdem war ich mir auch nicht sicher, ob das Wort Zwitter heute noch politisch korrekt ist. Und als ich merkte, dass ich gedanklich schon wieder mäanderte, statt zügig auf den Punkt zu kommen, diskutierte man am zweiten Tisch längst über die Organisation der Kinderbetreuung. Schnell war man sich einig, dass Betriebskrippen die Karriere erleichterten, weil die Mütter so keine Umwege machen müssen, um morgens den Nachwuchs abzugeben und ihn abends wieder abzuholen. Vielleicht wäre das der richtige Zeitpunkt gewesen, um meine weibliche Seite einzubringen und die Männer als mögliche Krippengänger in die Diskussion zu integrieren. Bei der Vereinbarungsfrage liess man die Väter nämlich einfach beiseite. Aber ich war dann doch nicht Manns genug, um die ganze Debatte herumzureissen.

Und so ging ich nach einem exzellenten Dessert, mit einigen neuen Visitenkarten und dem guten Gewissen nach Hause, endlich wieder einmal Networking betrieben zu haben. Das gehört schliesslich auch zu einem wichtigen Punkt auf der Optimierungsliste.



Die Emanzipation hat die Frau zum Zwitter gemacht, der wie ein Mann denken soll, aber dabei ganz Frau bleiben muss.

Allerdings wurde ich das schale Gefühl nicht los, dass etwas schiefgelaufen ist, wenn Gleichberechtigung die Frau zum permanenten Work in Progress macht. Und trotz Jahrzehnten weiblicher Umbauarbeit das Resultat noch immer unbefriedigend ist.

Das verlangt nach einem Paradigmenwechsel: Warum den Korrekturmodus nicht einmal auf Institutionen anwenden, in denen der Erfolg deutlich vom Geschlecht abhängt? Was wäre etwa in den Schulen zu ändern, damit Buben sich nicht wie Mädchen verhalten müssen, um gut abzuschneiden? Und was in Unternehmen? Wie man etwa die Einstellung, Bewertung und Beförderung von Personal optimieren könnte, beschreibt die Ökonomin Iris Bohnet, die in Harvard lehrt und im Verwaltungsrat der Credit Suisse sitzt, in ihrem Buch «What Works». So hat ein simpler Vorhang in Amerika dafür gesorgt, dass der Anteil von Frauen in den Spitzenorchestern von 5 auf heute 35 Prozent angestiegen ist. Seit die Wahlgremien die Kandidaten nur hören und nicht mehr sehen können, gibt nicht das Geschlecht, sondern der Ton den Ausschlag. Und dank geschlechterblinden Bewerbungsverfahren hat Australien im statistischen Amt die Zahl der Frauen auf der Führungsebene verdoppelt. Die Korrektur von Auswahlprozessen ist nicht nur viel einfacher als die Optimierung der Hälfte der Menschheit. Sie ist auch effizienter. Und gerechter.

Nicole Althaus ist stellvertretende Chefredaktorin der «NZZ am Sonntag».

Alles, was Recht ist

Das fatale Paradox der Demokratie



Markus Felber

In Österreich wirbt der Kandidat der Freiheitlichen für das Amt des Bundespräsidenten mit dem leicht modifiziert aus der Verfassung entlehnten Slogan «Das Recht geht vom Volk aus». Das ist fraglos so im demokratischen Rechtsstaat, doch ist genau dieses Prinzip in einer Zeit populistischer Versuchen nicht mehr ganz unproblematisch.

Auf den Punkt gebracht hatte das Problem schon viel früher der einstige deutsche Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde in einem nach ihm benannten Diktum: «Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst gar nicht garantieren kann.» Kaiser und Könige regierten von Gottes Gnaden. Im aufgeklärten Staat dagegen wird Herrschaft nicht von oben, sondern von unten legitimiert. Damit ist der demokratische Rechtsstaat auf eine demokratische und rechtsstaatliche Gesinnung seiner Bürger angewiesen. Und die kann er nicht erzwingen, ohne undemokratisch zu werden und damit sich selbst aufzugeben.

Der Verfassungsgeber - bei uns Volk und Stände - kann auch undemokratische Elemente in der Verfassung verankern, wenn er will. Und selbst wenn er einzelne Grundsätze für unabänderlich erklären würde, könnte der gleiche Verfassungsgeber sie samt der Unabänderlichkeitsklausel wieder aufheben. Volk und Stände können mehr, als sie dürfen, lernte der Kolumnist weiland in der Staatsrechtsvorlesung. Die Feststellung war indes damals eine rein hypothetische, da auf die demokratische Gesinnung im Staat Verlass war. Heute sieht das anders aus. Diverse Wahlen und Abstimmungen in Europa, neu aber auch jenseits des Atlantiks werfen zumindest die Frage auf, ob der demokratische Rechtsstaat noch immer unerschütterlich auf die demokratische und rechtsstaatliche Gesinnung seiner Bürger bauen kann, auf die er laut Böckenförde angewiesen ist, ohne sie erzwingen zu können. Die Demokratie kann auch in Gefahr geraten, gerade weil das Recht vom Volk ausgeht.

Markus Felber war NZZ-Bundesgerichts-korrespondent.

Die E-Mail-Debatte

«Lieber kapitalistische Konzerne als die sozialistische Internationale!»

Globalisierung und kein Ende: Gregor Rutz und Jacqueline Badran bevorzugen zwar beide die kleinen Entscheidungsräume, finden aber dennoch Stoff zum Streiten

Gregor Rutz

Liebe Frau Badran, nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten schreiben sich die Journalisten die Finger wund. Politikerinnen beklagen sich über den Wahlausgang, linke Exponenten zeichnen Horror-szenarien, und die Gespräche auf den SRF-Sendern haben schon fast therapeutischen Charakter. Ein zentrales Thema ist die Haltung von Trump zum Freihandel. Bei diesen Wahlen habe sich die «Abwehrhaltung gegen zu viel Einwanderung» mit «Zweifeln an der wirtschaftlichen Globalisierung und am Freihandel» gemischt, schreibt etwa die «Frankfurter Allgemeine Zeitung». Es gehe «mehr um Abstiegsangst als um erlebte Benachteiligung», liest man in der «Zeit». Der «Weltwoche» dagegen war zu entnehmen, der freie Handel werde unter republikanischer Führung in Amerika nicht erstickt - es sei eher eine «Zerschlagung von Regulierungen» zu erwarten. Wie beurteilen Sie denn die Situation?

Jacqueline Badran

Interessant für mich ist, dass nach dem Brexit und der Trump-Wahl die Globalisierung und die Auswüchse des Kapitalismus in den Fokus gerückt sind. Dass dabei von den Ängsten der Leute geredet wird, gefällt mir weniger. Es sind real erlebte und nachweisliche Benachteiligungen der breiten Mittelschicht, die sich erst in den Nachkriegsjahren in grossem Stil gebildet hat. Der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik in der westlichen Welt sei Dank. Die neunziger Jahre brachten die grosse Umstellung auf eine angebotsorientierte Politik. Oder anders ausgedrückt: den Siegeszug des Kapitals. Es kam zu einer entfesselten Globalisierung (vor allem des Kapitals) und zu Oligopolbildung von wenigen Konzernen mit enormer Marktmacht. Heute leben wir in einer Welt, in der 62 Personen gleich viel Vermögen haben wie die halbe Weltbevölkerung - also 3,6 Milliarden Menschen. Das ist krank. Die breite Masse bezahlt diese Vermögenskonzentrationen, die ja nicht vom Himmel

Debattierer



Jacqueline Badran, 54, ist Nationalrätin der SP aus dem Kanton Zürich. Die Biologin und Ökonomin führt ein eigenes Unternehmen im IT-Bereich.



Gregor Rutz, 44, ist SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich. Der Jurist ist Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikationsberatung.

fallen. Die Menschen fangen an, zu merken, dass sie vom Kuchen weniger bekommen.

Gregor Rutz

Natürlich hat die Globalisierung Vor- und Nachteile, aber das ist nun doch eine ziemliche Wildwest-Argumentation, die Sie hier ausbreiten. Der Finanzmarkt birgt Risiken, aber natürlich auch Chancen - wir wollen ja nicht wieder in die Zeit der Jäger und Sammler zurückfallen. Vergessen Sie auch nicht, dass die von Ihnen kritisierten Konzerne Hunderttausende von Arbeitsplätzen geschaffen haben, was vielen Menschen die Existenz sichert. Was aber ist mit der Politik? Mit der Globalisierung ging die Internationalisierung der Politik einher. Und damit eine gefährliche Lösung von der Verantwortung. Wem genau ist ein EU-Beamter oder ein OECD-Funktionär verantwortlich? Vergleichen Sie das einmal mit einem Gemeinderat aus Hinwil oder Obfelden. Merken Sie etwas?

Jacqueline Badran

Das ist ja genau das Irre am gegenwärtigen System: Die anonymen Finanzmärkte sind heute wirkungsmächtiger als irgendwelche EU-Beamten. Das hat doch die Finanzmarktkrise - basierend auf der Immobilienkrise in den USA - deutlich gezeigt. Sie hat ganze Volkswirtschaften an den Rand des Abgrunds gebracht. Oder denken Sie nur an die Schattenwirtschaft, die sich in den Steueroasen gebildet hat. Die sogenannten Panama Papers haben gezeigt, dass allein in Grossbritannien 30 000 Offshore-Firmen Immobilien im Wert von 170 Milliarden Pfund bunkern. Das ist Geld, das den Briten fehlt. Die Leute in Grossbritannien leiden ohnehin schon unter den höchsten Strom- und Wasserpreisen in ganz Europa - wegen der grotesken Privatisierung der Grundgüter. Soviel zu Ihren netten Konzernen und Superreichen. Donald Trump versprach im Wahlkampf, die Arbeitsplätze im Rostgürtel der USA zu retten. Diese werden nach Mexiko ausgelagert, obwohl die amerikani-

schen Konzerne Gewinne schreiben. Die Logik der Gier des Kapitals ist buchstäblich grenzenlos geworden. Das macht eben die Mehrheit zu Verlierern und Symptome wie Trump möglich.

Gregor Rutz

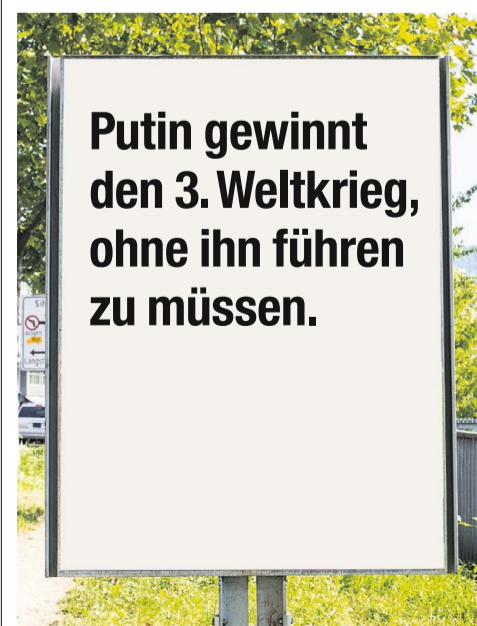
Überall geht es um dasselbe: Ist die Verantwortung klar zugewiesen? Und hat es Konsequenzen, wenn jemand seine Verantwortung nicht wahrnimmt? Ich verniedliche die Risiken, welche von Grosskonzernen ausgehen können, in keiner Weise. Die Finanzmarktkrise hat klar aufgezeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Da sind wir als Gesetzgeber in der Pflicht. Aber eben nicht nur hier: Internationale Verträge und Zusammenschlüsse von Ländern führen immer wieder dazu, dass Funktionäre sich bequem von der Verantwortung verabschieden und nationale Behörden faktisch keinen Einfluss mehr nehmen können. Globalisierung gibt es auch politisch - das vergisst Ihre Partei gerne. Da habe ich lieber kapitalistische Konzerne als die sozialistische Internationale!

Jacqueline Badran

Sicher wird die Politik globalisierter. Gewisse Probleme können auch nur auf supranationaler Ebene gelöst werden: Klimakatastrophe, Steuerflucht, Sicherheit als Beispielen. Da kann man - so wie Sie und ich - noch so sehr kleine, überschaubare Entscheidungsräume bevorzugen. Aber es freut mich ausserordentlich, dass Sie sich erstens für klare Verantwortlichkeiten aussprechen und dass Sie zweitens noch an das Primat der Politik glauben. Dann werden Sie ja bestimmt auch für die Konzernverantwortungsinitiative sein. Und dafür, dass diejenigen zur Verantwortung gezogen werden können, die Währungen und Libor-Zinse manipulieren, die abstruse Finanzmarktprodukte auf den Markt bringen, die ganze Volkswirtschaften bodigen oder die Arbeitsplätze in Billiglohnländer schieben, obwohl sie profitabel sind. Prima!

Strittis Schlagzeile

Zu den gegenwärtigen geopolitischen Verwerfungen.



Hermann Strittmatter ist Gründer und Leiter der Werbeagentur GKK in Zürich.